Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R. M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44,606.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr 28 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Sonnabend 4. Februar. 1933

Wahlrecht für Auslandsdeutsche.

Aufräumung mit den Splitterparteien.

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.)
Das Wahlrecht im allgemeinen wird für die nächsten Reichstagswahlen nicht geändert werden.

Allerdings sieht eine Verordnung des Reichspräsidenten gewisse technische Aenderungen vor:

Jeder Wahlvorschlag muß, um gültig zu sein, die Unterschrift von wenigstens 60.000 Wählern tragen, wenn es sich nicht um eine Partei handelt, die im bisherigen Reichstag mindestens einen Abgeordneten hatte. Bisher genügten 500 Unterschriften.

*

Die im Auslande lebenden Deutschen werden bei den kommenden Wahlen auch abstimmen dürfen.

*

Berlin, 3. Februar.
Die Reichswahlbehörde hat den 16. Februar als Frist für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge bestimmt.

Wahlgemeinschaft der Rechten

Berlin, 3. Februar (A.A. nach WTB.)
Unter der Ueberschrift „Wahlgemeinschaft, aber keine Listenverbindung" schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß die Regierungsparteien über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei den Wahlen berieten.

Diese Parteien hätten sich zwar früher bekämpft, seien jetzt aber zusammen in der nationalen Regierung und hätten den Wunsch, den Wahlkampf, anders als bisher, zu führen. Beide Parteien würden wahrscheinlich hinsichtlich ihrer Haltung im Wahlkampf Verpflichtungen eingehen, jedoch kaum gemeinsame Listen einreichen.

*

Berlin, 3. Februar.
Die deutsche Volkspartei und der christlichsoziale Volksdienst haben eine Stimmlistenverbindung vereinbart, um die Zersplitterung von Wahlstimmen zu vermeiden.

Hitler Spitzenkandidat in allen Wahlkreisen

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.)
Reichskanzler Hitler teilte in einer Ansprache an die Führer der Berliner nationalsozialistischen Abteilungen mit, daß er sich für die Reichstagswahlen in sämtlichen Wahlkreisen als Spitzenkandidat seiner Partei aufstellen lassen werde.

Preussischer Landtag.

Berlin, 3. Februar.
Die nationalsozialistische Fraktion des preußischen Landtages hat ihren Auflösungsantrag dahingehend abgeändert, daß der preußische Landtag erst am 4. März aufgelöst werden soll.

Der Kampf gegen den Kommunismus.

Berlin, 2. Februar.
In Preußen, Oldenburg, Thüringen und Braunschweig wurden sämtliche kommunistischen Versammlungen, Kundgebungen und Umzüge verboten.

In Mecklenburg-Schwerin und in Anhalt erstreckt sich dieses Verbot nur auf die Veranstaltungen unter freiem Himmel.

In Stettin wurde eine ungesetzliche kommunistische Organisation aufgedeckt.

In Erfurt wurde bei einer Durchsuchung der kommunistischen Zentrale belastendes Material beschlagnahmt und mehrere Verhaftungen vorgenommen.

In Königsberg veranstalteten die Kommunisten einen „Hungermarsch". Bei den Zusammenstössen, die sich dabei ergaben, wurden mehrere Personen verletzt.

In Düsseldorf wurden drei Kommunisten schwer verletzt.

In Altona gab es 1 Toten und 8 Verletzte.

*

„Der Angriff" veröffentlicht einen Aufruf Hitlers an seine Parteigenossen, Ruhe und Disziplin zu bewahren und sich durch Kommunisten nicht herausfordern zu lassen.

*

Berlin, 3 Febr. (A.A. nach WTB.)
Die Polizei besetzte nach einer Durchsuchung das Gebäude der kommunistischen Gewerkschaften.

*

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.)
Die aufsehenerregende Meldung eines Berliner Mittagsblattes, wonach der Erlaß einer Verordnung gegen den Terror mit Todesstrafen für zahlreiche Fälle und Sondergerichten von der Regierung in Aussicht genommen ist, wird für völlig aus der Luft gegriffen erklärt. Eine ähnliche Verordnung ist keinesfalls vorgesehen.

An zuständiger Stelle ist man der Ansicht, daß die Maßnahmen der Polizei ausreichend sind.

Selbstverständlich werden die neuen Terrorhandlungen der Kommunisten schwere Folgen nach sich ziehen.

Französische Pressestimmen.

Paris, 3. Febr. (A.A. nach Havas)
Die französische Presse hatte nach der Weigerung Hindenburgs gegenüber Schleicher, den Reichstag aufzulösen, nicht damit gerechnet, daß das Parlament nun doch so schnell aufgelöst werden würde, und wurde durch die Nachricht von der Auflösung infolgedessen überrascht.

Die Zeitungen meinen, Hitler hoffe bei den Neuwahlen die Mehrheit zu erlangen, zumal da er sich bei seinem Werbefeldzug auf amtliche Macht stützen könne. Nach wie vor sind die französischen Blätter über die Stärkung von Hitlers Macht beunruhigt, andererseits sprechen sie auch davon, daß der neue Kanzler Sorge zur Schau trage, seine Sprache zu mäßigen, damit die Meinung des Auslandes nicht zu sehr beunruhigt werde.

*

Das „Journal" meint, Hitler stehe dabei unter dem Einfluß der Berufsdiplomaten.

Kabinettssitzung.

Berlin, 2. Jan.
Das Reichskabinett hat heute abend eine Beratung abgehalten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Besprechungen werden morgen fortgesetzt werden.

Zu Hitlers Programm.

Berlin, 3. Februar.
Ueber den von der Reichsregierung veröffentlichten Aufruf an das deutsche Volk äusserte sich heute der Reichskanzler zu dem Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbüros.

Hitler erklärte, wenn er in dem Aufruf für die nationalsozialistische Partei hätte Propaganda machen wollen, so hätte er ruhig erklären und versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden und die Landwirtschaft am 1. Mai auf ihren früheren Stand zurückgeführt sein werde.

Er sei aber ehrlicher als die meisten seiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen gemacht. Es sei natürlich unmöglich, das Staatsschiff sofort in den rechten Kurs zu bringen. Alles was er verlange, seien vier Jahre, so schloss der Kanzler.

Im Anschluß an diese Unterredung empfing der Reichskanzler die Vertreter englischer und amerikanischer Blätter und erklärte ihnen, er hoffe, dass die Welt wisse, was in Deutschland vorgehe.

Entweder werde in Kürze die rote Fahne des Bolschewismus über Deutschland wehen, oder das deutsche Volk werde zu sich selbst zurückfinden.

Die Weltpresse möge kein voreiliges Urteil fällen, sondern die Regierung erst nach ihren Taten beurteilen.

Das Reichskabinett setzte heute seine Beratungen über die politische Lage fort. Es wurde eine neue Verordnung über Sicherheit und öffentliche Ordnung beraten, Beschlüsse wurden jedoch noch nicht gefasst. Die Aussprache wird morgen fortgesetzt werden.

Beisetzung von Ermordeten auf Staatskosten.

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.)
Die Beerdigung der beiden Opfer des kommunistischen Ueberfalls in Charlottenburg, eines Polizeiadjudanten und eines nationalsozialistischen Sturmtruppführers, wird am Sonntag auf Staatskosten erfolgen

Im Dom wird ein Trauergottesdienst veranstaltet.

Die Reichsregierung und die preußische Regierung werden sich daran beteiligen.

Eine für den gleichen Tag angesagte sozialdemokratische Kundgebung wurde verboten.

Hitlers Briefwechsel mit dem Zentrum.

Berlin, 2. Febr.
Die Zentrumspartei hat heute den Briefwechsel erörtert, den die Parteileitung mit dem Reichskanzler geführt hat. Die Partei hat sich in allen Punkten mit dem Bericht der Parteiführer einverstanden erklärt.

Der Briefwechsel wurde heute abend von der Parteileitung veröffentlicht.

Umbesetzung von Aemtern.

Berlin, 3. Februar.
Reichsminister Popitz ist aus dem Reichsministerium ausgeschieden, wurde aber als stellvertretender Reichskommissar für das preußische Finanzministerium bestätigt.

*

Berlin, 2. Febr.
Der kommissarische preußische Kultusminister, Prof. Kaehler, hat heute dem Vizekanzler v. Papen als Reichskommissar für Preußen sein Rücktrittsgesuch überreicht.

Prof. Kaehler wird die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterführen.

*

Berlin, 3. Febr. (A.A.)
Anstelle des pensionierten Obersten v. Bredow wird Oberst v. Reichenau Staatssekretär im Reichswehrministerium.

Goering über Deutschlands Luftfahrt.

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.)
Anläßlich des 25 jährigen Stiftungsfestes des Deutschen Vereins für Luftfahrt, an dem unter anderem der italienische, französische, englische und der japanische Militärattaché teilnahmen, hielt der Reichskommissar für Luftfahrt, Goering, eine Rede, in der es besonders betonte, daß die deutsche Luftfahrt von den ihr noch auferlegten Fesseln befreit werden müsse.

„Erst dann, wenn die anderen Mächte Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt haben werden, wie es Italien tat", sagte Goering, „werden wir der Welt unsere Forschungsergebnisse, unsere Versuchsanstalten und Flugzeugwerkstätten zur Verfügung stellen können."

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses?

Berlin, 2. Februar.
Die sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die sofortige Einberufung dieses Ausschusses beantragt.

Sie wünschen die Behandlung der Tributfrage und der ostasiatischen Fragen.

Hindenburg beim Reitturnier.

Berlin, 3. Februar.
Reichspräsident von Hindenburg erschien heute nachmittag bei den Veranstaltungen des internationalen Reit- und Fahrturniers.

Kurz nach 4 Uhr betrat der Reichspräsident in Begleitung seines Sohnes und des Vizekanzlers v. Papen die große Halle am Kaiserdamm und nahm in der Ehrenloge Platz. Die große Halle war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Das Publikum begrüsste Hindenburg mit stürmischem Beifall. Der Reichspräsident begrüßte dann in seiner Loge die am Turnier teilnehmenden fremden Offiziere.

Reichsratssitzung.

Berlin, 2. Februar.
Reichskanzler Hitler stellte sich heute dem Reichsrat vor.

In seiner Ansprache wies der Kanzler darauf hin, daß die Regierung in dieser schwersten Zeit deutscher Geschichte ihr Amt übernommen habe. Die Regierung rechne auf die Mithilfe der Länder nicht nur in ideeller, sondern auch in tatsächlicher Beziehung.

Er bat zum Schlusse den Reichsrat um die Mitarbeit der Länder zur Ueberwindung der gegenwärtigen Notzeit.

Namens des Reichsrates erwiderte Min. Dir. Dr. Brecht, der dem Kanzler versicherte, daß die Reichsregierung im Reichsrat stets in allen ihm verfassungs- und gesetzmäßig obliegenden Geschäften die stärkste Stütze finden werde.

Entpolitisierung des österreichischen Bundesheeres.

Wien, 3. Februar.
Die österreichische Regierung beabsichtigt zwei Gesetze zur Entpolitisierung des österreichischen Bundesheeres einzubringen.

Das erste, verfassungsändernde Gesetz soll den Angehörigen des Bundesheeres das aktive und passive Wahlrecht entziehen, das zweite Gesetz soll bestimmen, daß die Angehörigen des Bundesheeres keine politischen Versammlungen besuchen und keiner politischen Partei angehören dürfen.

Studien des Gasi in Izmir.

Izmir, 2. Februar (A.A.)
Der Staatspräsident machte heute nachmittag in Begleitung des Wali, Kiasim Pascha, eine Autofahrt bis nach Karschi Jaka und begab sich dann in die Landwirtschaftliche Schule in Bornova, wo er von Lehrern und Schülern empfangen wurde.

Das neue Schulgebäude stellt einen sehr schönen und modernen Bau dar. Der Staatspräsident besichtigte die Klassen, die Schlafräume der Schüler und die Vortragssäle und hörte den Ausführungen des Wali und des Schuldirektors interessiert zu.

Unter herzlichen Beifallskundgebungen der Menge, die sich auf den Straßen angesammelt hatte, kehrte der Staatspräsident gegen 17.30 Uhr nach seinem Konak zurück.

Izmir, 3. Februar.
Der Staatspräsident fuhr heute nachmittag nach Budascha und kehrte über Eschref Pascha nach der Stadt zurück. Der Gasi besichtigte die höhergelegenen Stadtteile und die Bibliothek in der Nähe des Bahri Baba-Parks.

*

Izmir, 3. Februar.
Auf ein Telegramm der Abgeordneten, der Stadtverwaltung und der Volkspartei von Sparta, ihre Stadt mit seinem Besuch zu beehren, erwiderte der Staatspräsident, daß es ihm zu seinem Bedauern nicht möglich sei, diesem Wunsche nachzukommen.

Der Staatspräsident nahm dagegen eine Einladung der Stadt Manissa an, dorthin zu kommen.

Kiasim Pascha in Kütahia.

Kutahia, 3. Februar (A.A.)
Der Präsident der G.N.V., Kiasim Pascha, ist unter herzlichen Beifallskundgebungen der Bevölkerung in unserer Stadt eingetroffen.

Kiasim Pascha nahm an dem Tee teil, der ihm zu Ehren um 17 Uhr in der Volkspartei gegeben wurde. Morgen wird eine Abendgesellschaft gegeben.

*

Kiasim Pascha wird von hier aus direkt nach Ankara zurückkehren.

Ismet Paschas Reise.

Antalia, 3. Februar (A.A.)
Ministerpräsident Ismet Pascha ist heute um 9 Uhr vormittags mit feierlichem Geleit nach Sparta abgereist.

Der Wirtschaftsminister nach Sparta gereist.

Izmir, 3. Februar (A.A.)
Wirtschaftsminister Dschelal Bej ist in Begleitung von Sachverständigen heute Vormittag nach Sparta abgereist.

Macdonald Vorsitzender der Weltwirtschaftstagung.

London, 3. Februar (A.A.)
Macdonald wurde aufgefordert, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen, und sagte unter der Bedingung zu, daß die Tagung in London stattfindet.

Kroatenführer verhaftet.

Belgrad, 3. Februar (A.A.)
Der Führer der kroatischen Opposition, Matschek, wurde wegen einer Erklärung in einer ausländischen Zeitung verhaftet. Es wird ihm ein Zwangsaufenthalt zugewiesen werden.

Vorläufige Einigung im Oelstreit.

Genf, 2. Febr.
Im englisch-persischen Oelstreit ist es zu einer vorläufigen Einigung zwischen der britischen und persischen Regierung gekommen.

Wie verlautet, soll die persische Regierung die Kündigung der Konzesion zurückgezogen haben, während England einer Ueberprüfung der Konzesionsbedingungen zustimmt.

*

Genf, 3. Febr. (A.A.)
Der Völkerbundsrat billigte das vorläufige englisch-persische Abkommen.

Nadolny fordert erneut Abrüstung.

Genf, 2. Febr.
In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter, Botschafter Nadolny, den Standpunnkt der deutschen Regierung bekannt.

Er betonte, daß die Abrüstung so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse. Deutschland werde auf dieser Forderung bestehen, denn es habe ein Recht auf die allgemeine Abrüstung. Mehr als zehn Jahre habe Deutschland auf die Erfüllung dieses Rechtsanspruches gewartet, die nun nicht länger mehr hinausgeschoben werden dürfe.

Für Deutschland komme aber nur ein Abrüstungsabkommen in Frage, das für alle Staaten bindend sei.

Nadolny ging dann ausführlich auf die militärtechnischen und juristisch-politischen Einzelheiten des französischen Sicherheitsplanes ein und faßte seine Erörterungen in der Erklärung zusammen, daß Deutschand die Absichten der französischen Regierung, die Abrüstungsbestrebungen zu fördern, lebhaft begrüße und daß die deutsche Abordnung bereit sei, in die Besprechung der einzelnen Vorschläge des französischen Planes einzugehen.

Vorher hatte der italienische Vertreter Baron Aloisi in längeren Ausführungen den französischen Plan in scharfer Weise angegriffen.

Vom Streit zwischen Danzig und Polen.

Genf, 2. Februar.
In der Meinungsverschiedenheit über die Agrarreform in Polen und die dadurch verletzten Rechte der deutschen Minderheiten wird die deutsche Regierung den internationalen Gerichtshof im Haag anrufen.

Eine entsprechende Erklärung gab heute der deutsche Vertreter, Gesandter v. Keller, im Völkerbundsrat ab.

Der Rat beschloß daraufhin, die Behandlung dieses Streitfalles nicht weiter fortzusetzen.

Der Rat hat weiter in seiner heutigen Sitzung die Entscheidungen bestätigt, die der Völkerbundskommissar in den Streitfällen zwischen Danzig und Polen bereits zugunsten der Stadt Danzig gefällt hatte.

In der Frage der Kontingentierungen, deren Entscheidung von beiden Teilen beim Völkerbundsrat angefochten worden war, vertagte der Rat vorläufig seine Entscheidung.

Der Danziger Senatspräsident Dr. Ziehm, der den Beratungen beiwohnte, stellte dann in längerer Rede noch einmal die ganze Sachlage fest und richtete an den polnischen Vertreter die dringende Bitte, den Danziger Wirtschaftsverkehr nicht mehr zu erschweren.

Der polnische Außenminister Beck sagte daraufhin direkte Verhandlungen mit Danzig zu.

In einer an die Ratssitzung anschließenden Geheimsitzung wurde die Amtszeit des Danziger Völkerbundskommissars Rosting bis zum 31. Oktober verlängert.

Der wahre Herrscher Griechenlands?

Von Curt Rösner, Athen.

Es geht alles richtig und streng verfassungsmäßig in Griechenland zu! Dafür sorgt Weniselos und verkündet es selber, legt es in langen Briefen und Reden nieder. Weniselos regiert also nach den bestehenden Gesetzen und Bestimmungen, war aber vorher so vorsichtig, diese Gesetze und Bestimmungen selber zu schaffen, und versteht es meisterlich, die Texte so auszulegen, wie sie ihm gerade passen und wie er sie im Augenblicke braucht. Eine „kleine" Verfassungsbeugung spielt dabei keine große Rolle. Denn das ist nun einmal tatsächlich die Verhinderung des Auftretens seiner neuen Regierung vor der Kammer, indem diese vorher durch den Senat aufgelöst wurde. Wie die griechischen Staatsrechtslehrer darlegten, muß nach Art. 89 der Verfassung eine neu gebildete Regierung erst vor der Kammer erscheinen, muß eine Vertrauensabstimmung erfolgen, ehe jene berechtigt ist, die Kammer in gesetzlicher Weise aufzulösen. Das passte aber wenig in Weniselos Absichten, und Michalakopoulos, der Aussenminister, erfand auch den Weg, den „Sinn" der Verfassung so „umzudeuten", wie ihn Weniselos brauchte. Gegen alles Verfassungsrecht wurde auch die Kammer tatsächlich aufgelöst, was dem Staatspräsidenten eine Anklage, unterzeichnet von 89 Abgeordneten, einbrachte, die den greisen Alten vor ein Sondergericht stellen wollen. Darüber hat die neue Kammer zu entscheiden.

Ob es nun ein großes Unglück war, die Kammer in dieser Form aufzulösen, ist freilich eine ganz andere Frage. Die Auflösung wäre auf alle Fälle gekommen, denn Weniselos will und muß die Wahlen haben.

Die Regierung Tsaldaris hatte in den zwei Monaten ihrer Amtstätigkeit eine wohltuende Ruhe ins Land gebracht, hatte mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet, schöne Erfolge erzielt und sich großes Vertrauen im In- und Auslande erworben. Vielleicht hätte Weniselos auch noch etwas „zugewartet", er konnte Tsaldaris immer stürzen, wann und wie er wollte, da beide Parteien ziemlich gleich stark in der Kammer vertreten waren.

Jetzt wurde aber Weniselos einmal selber gedrängt, von einem unsichtbaren „Stärkeren", der als „dritte" Macht über den Parteien keinen Spaß versteht. Das ist der geheime, der unsichtbare Herrscher über Griechenland, der Führer der Revolution von 1922 — General Plastiras, der allerdings, als ihn der Diktator Pangalos einmal verfolgen ließ, wegen seiner Gewandtheit im Dachspringen und Terrassenklettern viel Spott erleiden musste. Die Royalisten bezeichnen Plastiras aber auch als „Meuchelmörder" (dolofonos), da er die Hauptschuld an der Ermordung der 6 königstreuen Männer tragen soll, die auf ein zweifelhaftes Kriegsgerichtsurteil an einem trüben Novembermorgen 1922 in Gudi bei Athen erschossen wurden.

Dieser Plastiras winkte Weniselos, zwar nicht wie dem Zaunpfahl, aber mit Maschinengewehren, Handgranaten und Revolvern, die leicht losgehen. Plastiras wären Erfolge der Volkspartei, deren Führer Gunaris er mit den anderen 5 Unglücklichen erschiessen ließ, recht unangenehm gewesen. Kriegsminister Kondylis, ebenfalls ein alter Revolutionär, gönnte höheren Offizieren in besonderen Vertrauensstellungen Luftveränderungen und versetzte sie aus den Gefahren der Großstadt in kleinere, ruhigere Garnisonen, woraus das Märchen von der Vorbereitung der Diktatur entstand, Veränderungen, die durchaus nicht im Sinne des Führers der Revolution von 1922" liegen konnten. Und Plastiras Sprache wurde immer deutlicher: Fort mit Tsaldaris! Mindestens Entfernung des Kriegsminister Kondylis und des Marineministers Hatzikyriakos.

Weniselos mußte Tsaldaris stürzen, sonst bestand die Gefahr wilder Schießereien! In jener historischen Nacht, da die Regierung Tsaldaris fiel, umringten bereits gedungene Männer, hierzulande Bravos genannt, den Sitz des Kammer-